

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Bezeichnung ist 10 Pf. monatlich 100 Pf., nach Bezeichnung 300 Pf. einschl. 50 Pf. Brief, ohne Postabfertigungsbühr. Bei Nebenzuständen erhöht sich die Befreiung um 10 Pf.

Druck u. Verlag: Lippisch & Reichardt, Dresden-Altstadt, Marienstraße 38/42. Fernsprechamt 25251. Postleitziffer 1068 Dresden. Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsgerichts beim Oberverwaltungsamt Dresden.

Bezugsgebühr für Zeitungen Nr. 5: Wochentafel (ca. 100 Seiten) 11,00 Pf., Wochentafel nach Städte Nr. 2: Sonnenanzeige u. Sonnenanzeige Wochentafel 6 Pf., Allgemeine Zeitung 8 Pf., — Rundschau mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unterliegende Schriftsätze werden nicht aufbewahrt.

**Einige Tageszeitung Sachsen mit Morgen- und Abendausgabe**

## Zur Werbeaktion des Deutschen Jungvolks

# Der Reichsjugendführer an die Elternschaft

**"Niemand ist zu jung, um Deutschland dienen zu können"**

Hamburg, 10. März.

Mit einer mächtigen Kundgebung in der Hamburger Hanseatenhalle eröffnete der Jugendführer des Deutschen Reiches, Reichsleiter Baldur von Schirach, am Mittwochabend die diesjährige Werbeaktion des Deutschen Jungvolks, die alle deutschen Jungen und Mädchen des Jahrganges 1927 zum freiwilligen Eintritt in das deutsche Jungvolk und die Jungmädelschaft des BDM auffordert. Der Reichsjugendführer bekundete sich in seiner, begleiteten Widerhall wiederkommenden Rede erneut zu dem Grundsatz: „Jugend muß von Jugend geführt werden“, indem er ihn näher begründete, und betonte sodann, daß die Hitlerjugend auf einem Vertrauensverhältnis zwischen Jugend und Elternschaft fuht, das die Grundlage aller Erziehungsarbeit der Hitlerjugend ist.

Baldur v. Schirach führte u. a. aus:

Solang es eine Menschheit gibt, gibt es ein Problem in der menschlichen Erziehung. Dieses Erziehungsproblem ist seit ungeheuren Wandlungen unterworfen gewesen. Ja eigentlich hat jede einzelne Epoche der Menschheit diese Frage anders zu lösen versucht, als die ihr vorangegangene. Die Hitlerjugend ist ein ganz neues erzieherisches System. Sie tritt mit neuen Gedanken und neuen Anstrengungen auf den Plan, aber es verbindet sie mit anderen großen erzieherischen Mächten der Menschheit der Gedanke, daß sie die Jugend ihres Volkes zur Erforschung führen will. Das, was unsere Jugendgemeinschaft so sehr von allen unterscheidet, was wir in anderen Ländern an Jugendorganisationen beobachten können, ist, daß sie nicht geschaffen wurde von der älteren Generation als ein Mittel zur Erziehung der jüngeren, das nicht am Anfang ihres Weges eine Staatsräson stand oder ein ministerielles Dekret oder die Verordnung eines Kabinetts, sondern daß an ihrem Ausgangspunkt stand der Wille der Jugend selbst, dem Staat ihrer Schnur zu dienen und aus freiwilliger Einfahrbereitschaft diesem Staat zum Durchbruch zu verhelfen.

Deshalb ist die Hitlerjugend im Gegensatz zu den Jugendorganisationen anderer Länder nicht eine Gründung des Staates für die Jugend, sondern sie ist eine Gründung der Jugend für den Staat.

Die erzieherische Idee, die die Jugendbewegung Adolf Hitlers einst in Marburg sah, hat der Führer selbst in klassi-

scher Formulierung ausgedrückt in dem Satz: „Die Jugend hat ihren Staat für sich, sie steht den Erwachsenen mit einer geschlossenen Solidarität gegenüber“, und er folgerte aus dieser Erkenntnis eine andere Maxime, die zum Programm einer modernen deutschen Nationalerziehung geworden ist: Jugend muß von Jugend geführt werden.“

Das Wort ist vielleicht die revolutionäre These, die jemals auf erzieherischem Gebiet verkündet wurde. Man darf diesen Satz, so führte Baldur v. Schirach weiter aus, nicht verstehen als die Forderung, daß nun alle Sechzehnjährigen zu Führern von großen Einheiten gemacht werden würden, sondern man sollte dieses Wort in seiner innersten Bedeutung und in seinem tiefsten Sinn begreifen. Auch in der Hitlerjugend sei dieses Wort nicht nach dem Buchstaben verwirklicht worden. Das Durchschnittsalter der Führerchaft der Hitlerjugend beträgt heute in der höheren Führerlichkeit über 30 Jahre. Es sei nicht so, wie es die Auslandsrechte hinauststellen verfüge, daß in dieser Gemeinschaft der jungen Generation ein 15- oder 18jähriges Verantwortung und Befehlsrecht über Hunderttausende oder gar Millionen hätte. Im Gegenteil, jeder, der den Versuch machen würde, sich einen Einfluß in die innere Organisation unserer Jugend zu verschaffen, werde vielleicht erstaunt sein, wieviel Menschen der älteren Generation aus begeisterter Hingabe, aus Leidenschaft und Liebe zum Gedanken der modernen Jugend-erziehung hier zusammengefunden hätten als Helfer am gemeinsamen Werk, als Führer der Jugend an einem glücklicheren und schöneren zukünftigen Leben.

Fortschreibung auf Seite 2

## Am Belgiens Neutralität

Im politischen Raum zwischen London, Brüssel und Paris gehen entscheidende Dinge vor. Man muß scharf hinsehen, wenn man ihre tieferen Zusammenhänge erkennen will, denn die publizistischen Neuheiten darüber sind ebenso mager wie undurchsichtig. Besonders die „freie“ englische Presse erwacht sich wieder einmal als ein glänzend arbeitendes Werkzeug des Foreign Office. Sie berichtet nur das, was der britischen Außenpolitik zu berichten gewünscht erscheint, so daß die eigentlichen Beweggründe in Dunkel gehüllt bleiben. Während die amtliche Londoner Politik die endgültige Regelung im Westen auf Eis gelegt, in englischer Diplomatischesprache ausgedrückt den Westen „auf eine bessere Zeit verhoben“ hat, wird eifrig hinter den Kulissen gearbeitet, damit beim Zukandekommen einer Westkonferenz die berühmten vollendeten Tatsachen geschaffen sind. Diese Tatsachen sollen eine im englischen Sinne günstige Verhandlungsebene gewährleisten, auf die sich der andere Gesprächspartner dann zu stellen hat, wenn er in den Augen der Welt nicht wieder als „Friedensstößer“ gelten will. Es heißt also, die Augen offen halten, um gewisse Vorgänge in ihrer Bedeutung von vornherein klar zu erfassen.

Der englische Vorstoß in Brüssel, mit dem die angedeuteten Absichten verwirklicht werden sollen, hat seine legitimen Beweggründe in der bereits gewordenen Neutralitätsklärung, die der König der Belgier im Oktober des Vorjahrs abgegeben hat. Diese Erklärung, die einen totalen Umschwung der belgischen Außenpolitik und darüber hinaus eine neue Lage in Europa bedeutet, wurde anfangs unterdrückt, besonders in Paris. London hat jedoch sofort erkannt, daß hier ein Hebel angelegt werden ist, mit dem ein längst überaltertes System einmal aus den Angeln gehoben werden könnte. Diese englischen Besorgniß wurden verhöhlt, als sich herausstellte, daß es sich bei den Königserklärungen durchaus nicht um eine private Meinungsdokumentation handelt, sondern daß sowohl die Regierung als auch die belgische Gesellschaft hinter dieser Politik stehen und ihre Verwirklichung fordern. Der begabte Leiter des Außenministeriums in Brüssel, Spaak, wurde ein überzeugender Vertreter des neuen Kurses, der heute eine politische Tatsache ist, vor der man den Kopf nicht länger in den Sand stecken kann.

Was Belgien will, ist vor allem Klarheit. Seine heutige Lage ist mit mancherlei unbelasteten Grüßen belastet. Sowohl besteht die englisch-französische Garantieverpflichtung, die Belgien nach der deutschen Aufführung des Locarno-vertrages gegeben wurde, fort. Sie ist bestrebt bis zum Abschluß eines neuen Weltvertrages. Die belgische Außenpolitik fühlt sich jedoch in dieser Garantie nicht wohl. Sie will den Schwebestand erledigt wissen durch eine vollkommen eindeutige Festlegung der belgischen Neutralität. Darunter möchte man in Brüssel nicht ein umständliches System gegenseitiger Garantien verstehen, sondern eine außenpolitische Stellung, die der Niederlande, der Schweiz und den skandinavischen Staaten gleichkommt. Man will die bisherigen Verpflichtungen erledigen durch eine Garantie, in dem England, Frankreich und Deutschland die Unabhängigkeit Belgiens gewährleisten. In Brüssel besteht heute kein Zweifel mehr darüber, daß Deutschland nicht daran denkt, seine westlichen Nachbarn anzugreifen, doch aber daß französisch-sowjetrussische Militärabkommen einen ständigen Gefahrenherd darstellen, der sehr leicht um irgendwelchen Konflikt im Osten Europas einen allgemeinen Krieg entzünden kann. Bei Horizonten der zehigen Verpflichtungen müßte Belgien in diese Auseinandersetzung, die das Land gar nichts angeht, automatisch hineingezogen werden. Auch hier also wird der gesäßliche Widerstand der „kollektiven Sicherheit“ und des „unteilbaren Friedens“ offenbar, die nichts anderes sind als kollektive Unsicherheit und unteilbarer Krieg. Einer solchen irragtigen Verpflichtung möchte Belgien aber nicht versallen.

Der belgische Standpunkt ist zweifach gerechtfertigt. Einmal durch den Friedenspunkt eines Pufferstaates, zum anderen durch die konstruktive Lösung, die eine eindeutige

## Jüdische Lügen über den deutschen Gesandten in Ungarn

**Scharfe Zurückweisung durch den Ministerpräsidenten - „Vester Bloß“ am Pranger**

Budapest, 10. März.

Ministerpräsident Darányi gab in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am Mittwoch vor dem Beginn der Aussprache eine grundsätzliche Erklärung der Regierung ab. Auf der Regierungsbank saß man fast lärmliche Mitglieder des Kabinetts.

Unter ankerdeutlicher Spannung verlas vor überfüllten Tribünen der Ministerpräsident u. a. folgendes: Gestatten Sie mir, dem Hause eine Mitteilung zu machen. Eine der Aufgaben der Regierung ist es, die politischen Bewegungen des Landes mit Aufruhrfreiheit zu verfolgen und darüber zu wachen, daß diese Bewegungen nicht über den gesetzlichen Rahmen hinausgehen und sich nicht in einer Richtung entwickeln, die auch nur im geringsten Maße zu einer Gesäßung der öffentlichen Meinung führen könnte. Ich kann die öffentliche Meinung verhindern, daß die Regierung diese ihre Pflicht erfüllt hat und erfüllen wird. Es ist selbstverständlich, daß wir unsere erhöhte Aufbaupolitik, die die Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung und Entwicklung des Landes bewirkt, keinesfalls föhren lassen durch Bestrebungen irgend einer radikalen Bewegung. Wir sind auch in Zukunft nicht geneigt, zu dulden, daß irgend eine radikale Bewegung diese unsre Arbeit gefährdet.

Im Besitz der Angaben, die uns zur Verfügung stehen, kann ich jedoch feststellen, daß diese Arbeit nicht gefährdet ist. Die Regierung hat keinen Grund zu der Annahme, daß irgend ein anderer Faktor besteht ist, auf die Gestaltung des ungarischen politischen Lebens, sei es auch nur auf indirektem Wege, Einfluss zu gewinnen. Mit erhobener Stimme führt der Ministerpräsident fort: Ich muß mich auf das entschiedenste gegen die unverantwortliche Geschichtsmacherie verteidigen, die sich bemüht, solche Behauptungen ohne sachliche Gründe in die öffentliche Meinung zu streuen.

Die Regierung hält es für um so bedauerlicher, weil die Geschichtsmacherie hierbei nicht einmal den bei uns akkrediti-

erten Vertreter eines bestreiteten Staates verschont hat. (Abgeordneter Graf Székely (Regierungsspitze): „Schmutzige jüdische Propaganda“!) Man bemüht sich sogar, den betroffenen Diplomaten in einer Weise hinzustellen, die mit den Tatsachen und seiner völlig korrekten Haltung in krassem Gegensatz steht. Wenn die Nation mit Recht von der Regierung erwartet kann, daß sie die Ordnung des Landes unter allen Umständen aufrechterhalten soll — ich und die Regierung übernehmen rubig diese unsere Pflicht —, so glaube ich, daß die Regierung und die Gelegenheit wiederum von der öffentlichen Meinung erwartet kann, daß die „Vester Bloß“ Gerichtsmacherei keine weitere Unterhöhung findet.

Die Presse beschäftigt sich in großer Aufmachung mit der Niede und den böswilligen Gerüchten und Verleumdungen, die nicht einmal vor der Person des deutschen Gesandten in Budapest lasten und ihn mit angeblichen inner-politischen ungarischen Umsturzplänen in Verbindung drücken. Zwischen der Rechtsopposition und den jüdisch-liberalen Blättern steht jetzt eine heftige Auseinandersetzung über die wahren, tiefer liegenden Ursachen der allgemeinen Erregung ein. Der nationalsozialistische „U. Magyar“ stellt offen die Frage, welche Mächte in diesen Tagen mit dem guten Ruf und dem politischen Ansehen Ungarns ihr Spiel getrieben hätten. Die Einheitlichkeit der von Andrássy her betriebenen Brunnenvorladung und die Gleichartigkeit der Darstellung ließen vermuten, daß es sich um ein wohlüberlegtes Vorgehen handelt. Das Blatt bringt sodann auf Grund einer eingehenden logistischen Darstellung der in der ausländischen Presse über den angeblichen Rechtsoppositiv verbreiteten Gerüchte den Nachweis, daß die gesamte internationale jüdische und marxistische Presse von England, Frankreich, Belgien, Schweden, Österreich, Jugoslawien, der Tschechoslowakei, Rumänien und den Vereinigten Staaten sich im wesentlichen auf die Veröffentlichung des als halbmäßig angeschauten „Vester Bloß“ gestützt hat.

**Heute Beilage:**

**„Deutsche Jugend“**